

Historischer Streik – unbefriedigendes Ergebnis Kurswechsel in ver.di durchsetzen

Der längste Streik in der Geschichte des öffentlichen Dienstes ist zu Ende. Nach 6 Wochen Streik glaubten die Arbeitgeber einen Schlichterspruch von 39,11 Wochenstunden ablehnen zu können. Zweieinhalb Wochen später mussten Schuster, Murawski, Widder und Co. 39 Stunden akzeptieren. Dieser Rückzug wurde erzwungen durch die grandiose Streikbeteiligung und -ausdauer der Erzieherinnen, der Müllwerker, Pflegekräfte, der Arbeiterinnen und Angestellten des öffentlichen Dienstes. Verkalkuliert haben sich die Herren in den Rathäusern auch mit ihrer Medienkampagne gegen den Streik. Sie lief ins Leere. „Besser Müllsäcke stehen auf der Straße als noch mehr Arbeitslose“. Das sahen nicht nur die Streikenden so. Deshalb ist es den Politikern, Sabine Christiansen und den gesamten streikfeindlichen Medien nicht gelungen die Stimmung zu kippen.

Solidarität

In den neun Wochen Streik wurde das was eine Gewerkschaft ausmachen soll ein Stück weit neu aufgebaut: gemeinsamer Kampf von Belegschaften und zwischen den Betrieben, Selbstorganisation, regelmäßige Versammlungen, demokratische Diskussion und Entscheidung. Gemeinsam wurde die Müllverbrennungsanlage blockiert. Man/frau weiß auf wen man sich verlassen kann. Wir haben uns gegenseitig ermutigt und unterstützt, wenn der Druck der Eltern, Chefärzte oder arbeitswilliger Kollegen wieder einmal überhand nahm. Diese Erfahrungen werden über den Streik hinaus wirken. Tausende sind in ver.di eingetreten. Die Voraussetzungen für erfolgreiche Gegenwehr in der Zukunft wurden enorm verbessert. Das ist der eigentliche Erfolg dieses Streiks.

Privatisierung wird erschwert

Im Streik haben Politiker erneut mit Privatisierung gedroht. Der Streik macht den Verkauf der öffentlichen Betriebe aber nicht einfacher, sondern schwieriger. Belegschaften, die gegen Arbeitszeitverlängerung gestreikt haben, können auch gegen Privatisierung streiken. Und welcher private Unternehmer hat Interesse an Belegschaften, die sich durch neun Wochen Arbeitskampf ihrer Stärke bewusst geworden sind? Aufgrund der negativen Erfahrungen mit den privaten

Entsorgungsfirmen dürfte die Unterstützung beim Ausverkauf öffentlicher Betriebe in der Bevölkerung weiter zurück gegangen sein.

Abschluss ist Rückschritt

Der Streik wurde mit dem Ziel geführt, weiteren Stellenabbau und weitere Arbeitsbelastung zu stoppen. „38,5 bleibt“ war die zentrale Parole. Dieses Ziel wurde verfehlt. Ein Drittel ihrer geforderten Arbeitszeitverlängerung haben die Arbeitgeber bekommen – unbezahlt. Die Streikenden haben nichts bekommen. Deshalb kann auch keine Rede sein von einem Kompromiss. Eine halbe Stunde Arbeitszeitverlängerung bedeutet Stellenabbau, noch höhere Belastung durch die Arbeit und Lohnkürzung von mehr als einem Prozent. Nimmt man die anderen Verschlechterungen des TVöD hinzu, sind die Beschäftigten die großen Verlierer dieser Tarifrunde.

Kampf um Arbeitszeitverkürzung bis 2010 aufgegeben

Durch die Meistbegünstigungsklausel hängt das Damoklesschwert einer 40-Stunden-Woche weiter über uns. Wenn ver.di mit einem Land oder der Tarifgemeinschaft der Länder oder dem Kommunalen Arbeitgeberverband bundesweit eine Arbeitszeitverlängerung über 39 abschließt, dann gilt dies als „unwiderrufliches Angebot“ an die Kommunen. Und wir sind dann in der Friedenspflicht.

Die Arbeitgeber wollten eine Laufzeit bis 2007. ver.di hätte sagen müssen, gut die könnt ihr haben. Bis dahin werden wir eine Kampagne für Arbeitszeitverkürzung auf mindestens 35 Stunden die Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich vorbereiten und dann dafür streiken. Und obendrein werden wir eine saftige Lohnforderung stellen. Mit der von ver.di durchgesetzten Laufzeit bis Ende 2009 hat sich der ver.di-Landesbezirk für die nächsten 4 Jahre vom Kampf für Arbeitszeitverkürzung verabschiedet. Das steht im Gegensatz zu allen Diskussionen über die Notwendigkeit von Arbeitszeitverkürzung.

Kräfteverhältnis

Viele ver.di-Funktionäre verteidigen den Abschluss mit dem Argument, dass er Ausdruck des vorhandenen Kräfteverhältnisses sei. Dagegen ist einzuwenden, dass der Streik in Stuttgart und in Baden Württemberg nach der gescheiterten Schlichtung zurückgefahren wurde. Trotzdem wurde ein besseres Ergebnis als der Schlichterspruch erreicht. Die Ausdauer der Streikenden, die Entschlossenheit den Streik notfalls noch wochenlang fortzuführen hat den Druck auf die Rathäuser weiter erhöht. Deshalb haben sie nachgegeben. Und sie hätten noch mehr nachgegeben, wenn der Streik in den nächsten Wochen fort- und gemeinsam mit den Metallern geführt worden wäre. Ansätze dafür

waren bereits vorhanden. Ein solcher gemeinsamer Streik mit den Metallern hätte noch mal einen enormen Schub bedeutet und mit Sicherheit weitere Kolleginnen und Kollegen zum Streik ermutigt. Denn eine Erfahrung des Streiks war, je entschlossener er geführt wurde, desto mehr schlossen sich an. Zusätzlich hätten die Eltern und die Stuttgarter Bevölkerung für eine aktive Streikunterstützung mobilisiert werden können. Protestkundgebungen vor dem Rathaus und Besuch von Gemeinderatsitzungen, das Abladen von vollen Müllsäcken im und vor dem Rathaus wären Schritte in diese Richtung gewesen. Eine weitere Steigerung wäre ein regionaler Streik- und Protesttag aller Belegschaften gewesen. Er wurde von einer Streikversammlung des Bürgerhospitals und Vertrauensleuten aus ver.di und IGM eingefordert. Die Tarifrunden bei der Telekom und in anderen Branchen haben weitere Chancen eröffnet für einen gemeinsamen Abwehrkampf gegen Arbeitsplatzvernichtung und Lohnklau. Der ver.di-Bundesvorstand hätte seine Möglichkeiten nutzen müssen, mehr Betriebe streikfähig zu machen und die Streiks bundesweit zu koordinieren und auszuweiten. In den neun Wochen Streik waren bundesweit maximal 41.000 im Streik, davon 17.000 in Baden-Württemberg und 5.000 in Stuttgart. Die bevorstehende Weltmeisterschaft war ein weiteres Druckmittel auf Seiten von ver.di. Ein Streik während der WM hätte eine viel größere Wirkung gehabt als in normalen Zeiten. Auf den Einsatz dieses Trumpfes wurde mit dem Abschluss vom 5.4. verzichtet. Die Chancen für einen besseren Abschluss in den nächsten Monaten wurden nicht genutzt.

Wie weiter bei den Landesbeschäftigten

Durch die Abschlüsse bei den Kommunen in Hamburg, Niedersachsen und Baden-Württemberg wurden die Landesbeschäftigten hängen gelassen. Bleibt es für sie beim tariflosen Zustand, wird es nicht mehr lange dauern, bis alle Beschäftigten 41 Stunden ohne Urlaubs- und mit gekürztem Weihnachtsgeld arbeiten. Tausende von Stellen werden dadurch vernichtet. Der Streik bei den Kommunen hat die Länderbeschäftigten zum Mitstreiken ermutigt. Jetzt fühlen sie sich zurecht isoliert. Die Forderung nach Übernahme des TVöD demotiviert zusätzlich. Besser zu mobilisieren wäre sicher mit Forderungen wie: Rücknahme der Verschlechterungen beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld und 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich plus eine tabellenwirksame Erhöhung der Löhne von 250 Euro. Ansonsten sollte wie bei den Uniklinik-Beschäftigten in Baden-Württemberg der BAT weiter gelten. Damit hätten alle Länderbeschäftigten ein klares positives Streikziel und könnten für den Streik mobilisiert werden. Die Streiks bei den Landesbeschäftigten müssen endlich ausgedehnt werden auf alle Bundesländer. Alle streikbereiten Betriebe sollen zum Streik aufgerufen werden. Dem Beispiel NRW folgend stehen ver.di und DGB in der Pflicht bundesweit koordiniert effektive Solidaritätsstreiks für die Landesbeschäftigten zu organisieren.

Ver.di braucht inner-gewerkschaftliche Opposition

Bei Versammlungen und Kundgebungen haben ver.di-Funktionäre immer wieder betont, dass die Arbeitgeber die Gewerkschaften in die Knie zwingen und Tarife diktieren wollen. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Die andere Seite ist, dass die ver.di-Führung den Arbeitgebern in den letzten Jahren immer größere Zugeständnisse gemacht hat und die Arbeitgeber damit zu immer frecheren Forderungen und Erpressungen eingeladen werden. Wäre bereits der TVöD mit Arbeitskampf verhindert worden, wäre die jetzt vorhandene Spaltung von Beamten, Landes- und Kommunalbeschäftigten verhindert worden. Wir hätten einen offensiven Tarifikampf für Realloohnerhöhungen, kürzere Arbeitszeiten und bessere Arbeitsbedingungen führen können. Stattdessen haben uns Bsirske und Co. den TVöD eingebrockt. Obendrauf zu den ganzen Absenkungen wurden den Arbeitgebern im TVöD zwei weitere Hebel für Erpressungen mitgeliefert. Die Öffnungsklausel für eine Verlängerung der Arbeitszeit bei den Kommunen auf 40 Wochenstunden und die Meistbegünstigungsklausel. Wen wundert es, dass die Arbeitgeber diese Angebote jetzt nutzen wollen? Wen wundert es, wenn sie die Zeit für einen rücksichtslosen Durchmarsch gekommen sehen und Möllring den Ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske vorführen will.

Wir müssen in ver.di eine starke innergewerkschaftliche Opposition für einen radikalen Kurswechsel aufbauen, sonst drohen uns weitere Rückschritte und Verluste.

Bundesweites Treffen des Netzwerkes am 29. April 2006 in Kassel

- **TVöD und Kampf gegen Arbeitszeitverlängerung im Öffentlichen Dienst**
- **ver.di – Gewerkschaftstag 2007**
- **Angriffe der Großen Koalition und die Rolle der Gewerkschaften**
- **Berichte aus Orten und Betrieben**

Einladung zum Netzwerktreffen der Ortsgruppe Stuttgart

Mittwoch, 17. Mai 2006, 18.00 Uhr

*Kellerschenke, DGB-Haus,
Willi-Bleicher-Str. 20
(Eingang B27a)*

www.netzwerk-verdi.de